

Gelungener Elitenwechsel?

Studentinnen in der DDR in den 50er und 60er Jahren*

Gunilla-Friederike Budde
Berlin

Befragt zu der Besonderheit ihrer Rolle der Paula in dem Kultfilm „Die Legende von Paul und Paula“ antwortete die Schauspielerin Angelika Domröse in einem Interview im Rahmen einer Dokumentation zu den Babelsberger Filmstudios: „Eine Frau, die nicht studieren

wollte – das war eben nicht das Bild der sozialistischen Frau!“¹ Als im Jahr 1973 das Publikum die Kinos stürmte, um die traurig-trotzige Geschichte des Liebespaares zu sehen, lag der Anteil von Frauen unter der Gesamtstudentenschaft bereits bei mehr als 45 Prozent. Namentlich seit der Mitte der sechziger Jahren war eine verstärkte Initiative in Gang gekommen, mehr Frauen, nun in der Regel auch von den Werkbänken weg auf die Hörsaalbänke zu locken. Wie sah es dagegen in den ersten zwei Jahrzehnten zuvor aus? Inwieweit wurde bereits in den fünfziger und sechziger Jahren von der „sozialistischen Frau“ erwartet, „dass sie studieren wollte“?

Im folgenden soll zunächst die Situation für Studentinnen in der unmittelbaren Nachkriegszeit skizziert, daran anschließend die Entwicklung in den fünfziger Jahren beleuchtet und abschließend ein Ausblick auf Tendenzen in den sechziger Jahren unternommen werden.

* Bei dem folgenden Aufsatz handelt es sich um einen Ausschnitt einer abgeschlossenen Habilitation mit dem Titel „Frauen der Intelligenz“. Ausbildungs-, Berufs- und Karrierewege von Akademikerinnen in der SBZ/DDR, 1945-1975, die im Wintersemester 2001/2002 vom Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin als Habilitationsschrift angenommen wurde. Die Buchversion ist in Vorbereitung und erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2003.

¹ Dokumentation, ZDF, 1.10.2000.

I. „Erst schippen – dann studieren“: Studentinnen im Schatten der Kriegsheimkehrer

Der 1951 in ostdeutschen Lichtspielhäusern ausgestrahlte Film „Frauensicksale“ suggerierte in den Szenen, die an der Berliner Universität spielten, einen weiblichen Aufbruch in eine gerade auch für Frauen bessere Zukunft. In den Regieanweisungen des Drehbuches heißt es zum 11. Bild „In der Humboldt-Universität“: „Der größte Teil der Hörer sind Frauen.“² Ein ganz anders akzentuierte Vergangenheits-Anschauung vermitteln Studentinnenerinnerungen der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Männer in Wehrmachtsmänteln bestimmen die Bilder in ihren Köpfen. Nach und nach kehrten die männlichen Kommilitonen aus Krieg und Kriegsgefangenschaft zurück, so dass gegen Ende der vierziger Jahre eine weibliche „Übermacht“ an den ostdeutschen Universitäten kaum mehr der Wirklichkeit entsprach. Gemeinhin galt, Kriegsheimkehrern bei der Zuteilung der ohnehin sehr beschränkten Studienplätze den Vorrang einzuräumen. Diese Privilegierung von Soldaten, Kriegsversehrten und Familienvätern bei der Zulassung war jedoch kein spezifisches Phänomen ostdeutscher Universitäten, sondern galt an westlichen Hochschulen gleichermaßen.

Dass sich dank dieser Regelung vor allem unter den Studienanfängern bald eine Männerdominanz durchsetzte, wurde auch von staatlicher Seite registriert. „Dass der Anteil der Studienanfänger bei den Männern sehr hoch ist ... bedarf keiner weiteren Begründung“, hieß es lapidar in einer Zusammenstellung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone in einer Zusammenstellung der Studierenden der ersten beiden Nachkriegssemester.³ Nicht auf die mögliche Benachteiligung von weiblichen Studierwilligen wurde hingewiesen, sondern auf die Gefahr, dass auch solche „Bewerber, die politisch belastet waren oder sich mit dem Militarismus identifiziert hatten“, ein Studium aufnahmen. Jedoch wurde dies mit dem Hinweis entkräftet, dass „der Anteil der ehemaligen Offiziere nur 6,1 Prozent“ betrage.⁴

² BA-DR 117/DB/Lei4 (Filmarchiv im Bundesarchiv, Abteilung Drehbücher).

³ BA-DR2/889. Der Besuch der wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Zone im I. Nachkriegssemester.

⁴ Ebd.

Protest gegen das sich bald einstellende Ungleichgewicht von männlichen und weiblichen Studenten regte sich von Seiten der Frauen zumindest nicht öffentlich. Schließlich erschien diese Begünstigung einmal nicht als Ausdruck männlicher Macht, sondern eher als Zugeständnis an die Ohnmachtsposition der Männer. „Die vielen Kriegsteilnehmer, also Studenten mit Arm ab, Bein ab, im Rollstuhl“, hatten sich nicht nur in der Erinnerung der späteren Studienrätin Marita Waldow als markanter Eindruck festgesetzt. „Die Männer, die wir da hatten in der damaligen Zeit, die waren natürlich durch den Krieg außerordentlich mitgenommen. körperlich und auch sonst“. Mit diesen Worten beschrieb auch Ursula Besser, die nach dem Krieg ein Philologiestudium an der Berliner Universität aufgenommen hatte, ihre Wahrnehmung. Rita Schober, die spätere Assistentin von Victor Klemperer, erinnerte sich ebenfalls vor allem an von Kriegsheimkehrern besetzte Hörsäle und erklärte deren vorrangige Zulassung wie viele andere auch: „Sie waren ja sonst schon genug benachteiligt.“⁵

Da viele Frauen die Verantwortung für die engere und weitere Familie tragen mussten oder auch wollten, rückte ein eventuelles Studium für sie erst einmal in weite Ferne. Offizielle Beobachtungen bestätigten diese weibliche Haltung. In einem Brief des Ministeriums für Volksbildung an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen hieß es etwa im Oktober 1949: „Bei der Besichtigung der Oberschule in Halberstadt wurde festgestellt, dass von den im August abgegangenen Abiturientinnen 4 das Studium begonnen haben, 2 oder 3 in der Wirtschaft tätig sind, die überwiegende Mehrzahl aber sich zu Hause aufhält bzw. sich beim Stadtbauamt zur Enttrümmerung gemeldet hat.“⁶ Während des Krieges waren die Frauen eingebunden in die Überlebensarbeit ihrer Familien. Das Kriegsende bedeutete keineswegs das Ende dieser Verantwortung. Unterstützt wurde diese Aufgabe noch durch die offizielle Propaganda, die in diesen Jahren noch die „praktische Hausfrau“ hofierte, namentlich wenn die Vergleichsfolie „Akademikerin“ bemüht wurde. In einem Artikel, der im April in der „Täglichen Rundschau“ erschien, formulierte die für die Res-

⁵ Interviews mit Dr. Marita Waldow, geführt am 19.11.1997 in Berlin, mit Dr. Ursula Besser, geführt am 2.3.1998 in Berlin u. Prof. Dr. Rita Schober, geführt am 11.9.2000 in Berlin.

⁶ BA-DQ2/378. Brief des Ministeriums für Volksbildung der DDR, Abt. Unterricht und Erziehung vom 28.10.1949 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, Betr.: Berufe der Abiturienten 1948/49.

sorts Familie und Gesundheit zuständige Käthe Kern eine übliche Hierarchisierung: „Die intellektuelle Frau, die ihre politischen Entscheidungen nach verstandesgemäßen Erkenntnissen trifft, verneigt sich innerlich respektvoll vor der praktischen Hausfrau, die mit nüchternem Blick erkennt, wo es fehlt und mit festen Händen zupackt, hilft, Ordnung zu schaffen und fordert, dass Maßnahmen getroffen werden, um Missstände zu beseitigen oder zu verhindern.“⁷

Auch in den vielen vom Pathos des Neuanfangs getragenen programmatischen Reden und Schriften zur Wiedereröffnung der Universitäten wird unzweideutig klar, wen man vor Augen hatte, wenn von der „neuen Studentenschaft“ gesprochen wurde. Beispielhaft für viele seiner Kollegen charakterisierte Prof. Hermann Henselmann, damals noch Rektor der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar, den typischen Studenten der ersten Stunde und seine Gemütslage: „Und ich sage Ihnen: das ist der einzige Gedanke, der diese jungen Menschen beherrscht, Geborgenheit, Sicherheit, das kleine Glück. Ein ungefährdete Welt, in der das Blühen der Blumen, der Duft der Gräser, das Lächeln der Frauen, das Jauchzen der Kinder zu Hause ist“, um dann abschließend zu fragen: „Wer ernährt die Kinder und die jungen Frauen der Studenten?“⁸ Dass diese „jungen Frauen der Studenten“ vielleicht selbst den Weg an die Hochschule einschlagen wollten, schien in den späten vierziger Jahren auch in offiziellen Verlautbarungen nachrangig. Auch wenn in den programmatischen Aufrufen und Anordnungen immer von „Männern und Frauen“ oder „Jungen und Mädeln“ die Rede war, kaschierte diese sprachliche Universalisierung eine faktische Männerzentrierung.

Dessen ungeachtet zeigte die ein Dreivierteljahr nach Kriegsende noch relativ hohe Studentinnenquote, dass die Richtlinie zur bevorzugten Zulassung von Kriegsheimkehrern erst langsam griff. Überdies befanden sich zu dem Zeitpunkt noch viele potentielle Studenten in Kriegsgefangenschaft, aus der viele erst im Laufe des Jahres 1946, manche noch später, zurückkehrten und dann ihr Recht auf einen Studienplatz in Anspruch nahmen. Spätestens jetzt aber fiel der Anteil weiblicher Studenten rapide. Bereits 1947/48 war ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden auf

⁷ BA-NY4145/17: „Der Lebenswille der Frau“, in: Tägliche Rundschau vom 10.4.1946 (Nachlaß Käthe Kern).

⁸ Hermann Henselmann, Die Idee und die Realität der Universität, in: Forum, 1.7.1947, S. 246.

34,5 Prozent gesunken. Diese Talfahrt der Studentinnenzahlen setzte sich bis 1949/50 fort, als nur noch 30 Prozent aller Studierenden Frauen waren. Lediglich bei den für Fraueninteressen eingesetzten Organen erzeugten solche Daten Besorgnis. 1950 mahnte die Abteilung Frauen des SED Zentralkomitees: „Auffallend ist das Absinken der Anzahl der studierenden Mädels an unseren Hochschulen und Universitäten. Im Wintersemester 1948/49 wurden 7792 Studentinnen immatrikuliert, im Wintersemester 1949/50 nur noch 7222 bei einem Steigen der Gesamtzahl der Studierenden von 24752 auf 25423 im gleichen Zeitraum.“⁹

Dennoch waren Studentinnen, die trotz aller Schwierigkeiten und fehlender Förderung nicht locker ließen, kein Einzelfall. Kritisch vermerkte der Minister für Arbeit- und Sozialfürsorge der Landesregierung Sachsen-Anhalt am 31. Mai 1948, dass sich gerade die Abiturientinnen „vielleicht schwerer in praktische Berufsausbildungen“ unterbringen ließen und dass gerade auch sie „mit Zähigkeit an ihren Studienplänen“ hingen und bei Aufnahmebescheid einer Hochschule ohne Zögern ihre begonnene Lehre“ aufgaben.¹⁰ Die Wartezeit auf den Aufnahmebescheid ließ sich vor allem verkürzen, wenn Studentinnen sich bei der Studienfachwahl flexibel zeigten. Eva Heilmann-Furth, der 1939 nach ihrem Abitur mit Hinweis auf ihre jüdische Mutter ein Medizinstudienplatz verweigert worden war, entschied sich während des Krieges für eine Ausbildung zur chemisch-technischen Assistentin beim Berliner Lette-Haus. Gleich nach Kriegsende nahm sie einen erneuten Anlauf, um einen Studienplatz zu bekommen. Weil aber „der Andrang außerordentlich groß war bei der Medizin“, beschloss sie, ihre „chemischen Vorkenntnisse zu gebrauchen und Chemie zu studieren.“¹¹

Flexibilität war aber nicht nur hinsichtlich der Studienfachwahl, sondern auch im studentischen Alltag gefragt. Die Mangellage der ersten Nachkriegsjahre bestimmte das universitäre Leben. Die Hörsäle waren vielfach zerstört, das lädierte Mobiliar nur notdürftig zusammengestellt, Heizmaterial fehlte, der Bibliotheksbestand war erheblich geschrumpft. Mit einem Pferdewagen sorgte etwa die junge Dozentin Rita Schober gemeinsam mit ihrem Verlobten dafür, dass der Hallenser Bibliotheksbe-

⁹ SAPMO-BA-Dy30/IV 2/17/7.

¹⁰ BA-DQ2/2881.

¹¹ Interview mit Eva Heilmann-Furth, geführt am 2.3.1998 in Berlin.

stand, der während des Krieges in den Salinenschächten untergebracht worden war, zurück an die Universität kam, wo er in mühseliger Arbeit erst einmal gereinigt werden mußte.¹² An anderen Universitäten war ein Großteil der Literatur für immer verloren. Dass Studenten und Studentinnen in Mantel und Handschuhen im Hörsaal saßen, dass die Tinte gefror und der Strom zeitweilig aussetzte, gehörte zur Tagesordnung. Vor allem in den Naturwissenschaften waren Materialien für Versuche knapp. Damit das Studium möglichst ohne große Unterbrechungen vor sich gehen konnte, waren Engagement und Eigeninitiative der Studierenden gefragt. „Ich bin tagelang durch die Stadt gerannt, wo die ganzen Glasbläsereien waren, um zu sehen, was die noch hatten“, weiß die ehemalige Chemiestudentin Eva Heilmann über ihre Suche nach Reagenz- und Kolbengläsern zu berichten.¹³

Diese kräftezehrende Überlebensarbeit ging außerhalb der Universitäten weiter. In den Jahren 1948/49 erhielt zwar fast jeder zweite Studierende in der SBZ ein Stipendium, zunächst die Lebensmittelkarte V, seit Herbst 1947 die „Arbeiterkarte“, ein wenige Marken kostendes oder auch markenfrees Essen in der Mensa und gelegentlich auch Sonderzuteilungen von Produkten der Universitätsgüter. Doch das Studentenleben war selbst mit diesen „Vergünstigungen“ keineswegs immer lustig. Lediglich gut die Hälfte aller Studierenden erhielt ein Stipendium zwischen 100 und 150 RM, der Rest konnte nur mit einem Betrag zwischen 50 und 75 RM rechnen. Welche Sparkünste erforderlich waren, um damit über die Runden zu kommen, machte eine Aufstellung der „zwingenden monatlichen Ausgaben“ deutlich, die der Rostocker Studentenausschuss gemeinsam mit der FDJ-Studentengruppe im September 1946 für den Vizepräsidenten ihrer Universität anfertigte. Danach musste für eine Studentenbude mit Nebenkosten 35 RM, für Mittag- und Abendessen 90 RM, für sonstige Verpflegung 20 RM, für Straßenbahntickets 15 RM und für „Bücher, kulturelle Veranstaltungen, Wäsche, Schuhreparaturen“ und sonstiges 10 RM veranschlagt werden.¹⁴

Im Januar 1947 klagte eine Berliner Lehramtsstudentin in der „Frau von heute“: „Meine Hauptsorge für die Zukunft ist: Wie werde ich finan-

¹² Interview Schober.

¹³ Interview Heilmann-Furth.

¹⁴ Zit. in: Christiane Krause, Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte, Rostock 1994., S. 33.

ziell mein Studium bestreiten können? ... Ein großes Problem ist für uns Studenten zur Zeit noch die Lebensmittelversorgung. Wir sind gewöhnlich den ganzen Tag unterwegs, und viele können sich bei der Lebensmittelkarte III selbst die geringe Markenabgabe in der Mensa nicht leisten, denn manche von uns wirtschaftet zu Hause allein oder mit seinen alten Eltern zusammen, denen sie selbst noch gern etwas zukommen lassen möchte. Auch in vieler anderer Beziehung werden an den heutigen Studenten weit höhere Anforderungen gestellt, als in früheren Jahren. Wie wäre es also, wenn man uns die Lebensmittelkarte II gäbe? Studieren bedeutet heute harte Arbeit.“¹⁵ Auch die Ökonomiestudentin Ingeborg Hämmerling wußte davon ein Lied zu singen, wenn sie sich erinnerte:

„Aber, um sechs Uhr, war Stromsperre, und wir mußten lernen. Da sind wir mit der S-Bahn immer um den Ring gefahren, weil die S-Bahn hatte Licht. Aber es war hundekalt. Ich werd's nie vergessen, ich kam bis Sonnenallee, bis 'Sonnenalle' habe ich es ausgehalten, aber dann habe ich nur in mich gekauert gewartet, bis 'Landsberger Allee' kam und alles solche Geschichten. Also, wir haben schrecklich gehungert und gefroren, aber wir haben durchgehalten.“¹⁶

In den Semesterferien im Betrieb, in der Landwirtschaft oder anderweitig zu arbeiten, gehörte für die meisten Studentinnen zur Selbstverständlichkeit. Vor allem die Studentinnen und Studenten, die von den Arbeiter- und Bauernfakultäten kamen, entwickelten dabei häufig viel Ehrgeiz, die in sie gesetzte Erwartung, klassenverbindend zu wirken, zu erfüllen. Doch bei aller Gemeinsamkeit des Alltagslebens schien in den ersten Nachkriegsjahren die Stimmung an den Universitäten selbst weniger harmonisch zu sein. Für die „bürgerlichen“ Studierenden wirkten die mit vielfachen Privilegien bedachten Absolventen der Vorstudienanstalten provozierend, ein Klima gegenseitiger Verdächtigungen und Verleumdungen schien an allen ostdeutschen Universitäten mehr oder minder ausgeprägt. Die FDJ hatte es in dieser ersten Zeit noch schwer, universitären Boden zu gewinnen. Am ehesten wurde sie dann bei der Studienzulassung aktiv. Ab 1948 mussten die Bewerber um einen Studienplatz ihre „gesellschaftliche Aktivität“ nachweisen und eine Art „Besinnungsaufsatz“ einreichen. Bescheinigung konnten von einer der Blockparteien und eine der Massenorganisationen ausgestellt werden, wobei die von der

¹⁵ Frau von heute 2, 1947: „Was erwarten wir für die Zukunft?“ Zwei Studentinnen haben das Wort. Brief von Ursula Rohrbach, stud. phil.

¹⁶ Interview mit Dr. Ingeborg Hämmerling, geführt am 30.5.2000 in Berlin.

FDJ erstellten Zeugnisse vorrangig behandelt wurden.¹⁷ Eine politische Loyalität, wie vermeintlich oder real auch immer, konnte oder wollte so kurz nach dem Zweiten Weltkrieg kaum ein Student und noch seltener eine Studentin durch eine Parteimitgliedschaft belegen. Dass die „Zugehörigkeit zu politischen Parteien“ unter den Studierenden „keinen sehr großen Umfang einnimmt“, konstatierte in euphemistischer Untertreibung die Deutsche Verwaltung für Volksbildung der SBZ im Winter 1946. Immerhin waren 71,7 Prozent der Männer und 88,6 Prozent der Frauen „politisch nicht organisiert“.¹⁸

Überblickt man die ersten Jahren nach Kriegsende, so wird generell deutlich: Frauen, die studieren wollten, gehörten noch keineswegs zu der Klientel, an die sich die staatlichen Maßnahmen richteten. „Erst schippen – dann studieren!“ proklamierte die ostdeutsche Frauenzeitschrift „Für Dich“ im Juni 1946 und formulierte damit das Programm der ersten Nachkriegsjahre.¹⁹ Die wenigen Studienplätze sollten, wie allorts betont, den männlichen Kriegsheimkehrern freigehalten werden. Von einer „Stunde der Studentinnen“ lässt sich kaum sprechen.

II. Brechung der bürgerlichen Bildungsprivilegs – Stärkung des männlichen Bildungsprivilegs

Wie sah es in den ersten zehn Jahren nach der Gründung der DDR aus? Nach den staatlichen Verlautbarungen bedeutete die Brechung des Bildungsprivilegs zunächst die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. Unter allen Bewerbern für ein Hochschulstudium sollte nun denjenigen der Vorrang eingeräumt werden, die vorher aus sozialen Gründen am Besuch höherer Schulen und Universitäten gehindert worden waren. Gleichzeitig enthüllte der übliche Nachklapp zur Frauenförderung ein bildungspolitisches, als „Nebenwiderspruch“ verharmlostes Paradox: die von den vielzitierten Klassikern Marx, Bebel und Zetkin überkommene Theorie, nach der sich mit der Aufhebung sozialer Ungleichheit auch die geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten verflüchtigen würden, wurde damit in Zweifel gezogen. Dass Klasse kein Geschlecht habe, oder anders

¹⁷ S. Waldemar Krönig/Klaus Dieter Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961*, Köln 1994, S. 151.

¹⁸ BA-DR2/889.

¹⁹ *Frau von heute* 4, 1949.

gewendet, dass die Geschlechtszugehörigkeit in der Klassenzugehörigkeit aufgehe, wurde einerseits als Kernelement der Politik akzeptiert und praktiziert, andererseits durch mal mehr, mal weniger konsequente Frauenförderungsmaßnahmen auch wieder hinterfragt. Gleichsam zwischen den Stühlen der eigenen Ideologie wurde damit eine Relevanzhierarchie geschaffen, die beide Dimensionen sozialer Platzierung in eine ungleiche Konkurrenz zueinander setzte, anstelle sie als gleichrangige Aus- und Einschlusskriterien zu betrachten. Durch diese Politik wurde Klasse als das realitätsmächtigere Kriterium gesellschaftlicher Statuszuweisung herausgehoben, die soziale Platzanweiserfunktion von Geschlecht dagegen mehr oder minder negiert.

Entsprechend dieser politischen Reihenfolge reagierte auch die staatlich dirigierte Presse mit weitgehendem Desinteresse. Selbst in explizit an ein weibliches Publikum gerichteten Zeitschriften war kaum etwas zum Thema Frauenstudium zu lesen. Nimmt man die wöchentlich erscheinende „Frau von heute“, die schon bald nach ihrer Gründung 1946 fast eine halbe Million Auflage erreichte, als offizielles Organ des DFD auch als Gradmesser für frauenpolitische Schwerpunktsetzungen, spielten studierende und studierte Frauen gegenüber Arbeiterinnen in Industrie und Landwirtschaft nur eine marginale Rolle. Lediglich zu Beginn der fünfziger Jahre übte die Zeitschrift verhalten und vereinzelt Kritik an der nur schleppenden Zunahme studierender Frauen. „Frau Doktor begann an der Drehbank“, lautete etwa ein groß aufgemachter Artikel im Sommer 1950. Doch der Optimismus ausstrahlende Titel stand im deutlichen Kontrast zum Tenor der Reportage. Mangelndes Selbstvertrauen und fehlender Ehrgeiz junger Arbeiterinnen wurden als Ursache für die rückläufige Entwicklung des Frauenstudiums ins Feld geführt.²⁰ Dieses Erklärungsmuster überwog auch in den wenigen Artikeln der „Frau von heute“, die zwischen 1950 und 1960 sich studierenden Frauen widmeten.

Wie halbherzig der Staat die hochqualifizierte Frauenförderung in der ersten Dekade seines Bestehens anging, bekam auch der Demokratische Frauenbund Deutschland zu spüren. Als offizieller Vertreter der Fraueninteressen hatte auch er sich bald nach seiner Gründung vorrangig um die Belange von Industriearbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Hausfrauen gekümmert. Als der Frauenbund sich zu Beginn der fünfziger Jahre in einer Werbekampagne auch einmal den künftigen „Frauen der Intelligenz“

²⁰ Frau von heute 15, 1950: „Frau Doktor begann an der Drehbank“.

zuwandte, stieß dieses Engagement bei den offiziellen Stellen auf wenig Echo. „Wir bedauern,“ so das Fazit des Berichts der Landesorganisation Berlin, „dass die großen Anstrengungen unserer Organisation ... vom Ministerrat nicht gewürdigt wurden. In dem Kommuniqué der Sitzung vom 4. September 1952 wurden lediglich die FDJ und der FDGB erwähnt, die sich bei der Realisierung dieses Beschlusses einsetzen werden, während man der Mitarbeit des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands wenig Bedeutung beimisst. Unsere Freundinnen, die sich im Interesse des Aufbaus des Sozialismus rückhaltlos einsetzen, vermissen eine Anerkennung ihrer Arbeit. (...) Diese Werbeaktion hat gezeigt, dass die Bereitschaft unserer Jugend, besonders der Mädchen und Frauen, zum Studium vorhanden ist.“²¹

Gerade dieser letzte Satz unterstrich, dass sich die Argumentation des DFD im internen Schriftverkehr deutlich von der in ihrem offiziellen Organ „Frau von heute“ unterschied. Während der geringe Anteil weiblicher Studenten in Zeitschrift auf eine fehlende Motivation der Studentinnen zurückgeführt wurde, verwies der interne Bericht auf bildungspolitische Fehler. Doch hier stieß der Frauenbund offenbar auf taube Ohren. Dass die DFD-Funktionärinnen ihre Arbeit hinsichtlich des Frauenstudiums so wenig honoriert fanden, scheint symptomatisch für den generellen Stellenwert der Förderung von potentiellen Akademikerinnen in diesen Jahren.

Was sich bereits in der ideologischen, politischen und propagandistischen Relevanzhierarchie abzeichnete, wurden in Statistiken konkret. Nur sehr zögernd stieg die Frauenquote unter den Studierenden in der ersten DDR-Dekade. Während die soziale Umstrukturierung bald als Erfolgsgeschichte verbucht werden konnte, blieb die „Weibersäule“, wie es Helga Schütz in ihrem Roman „Erziehung zum Chorgesang“ formuliert hatte, in den Hochschulstatistiken geduckt.²² Während noch 1949/50 ein Frauenanteil von 28,4 Prozent im Hochschuldirektstudium zu verzeichnen war, sank dieser 1951 bereits wieder auf 23,4 Prozent und 1952/53 weiter auf 20,4 Prozent. Von diesem niedrigen Level stieg er in den folgenden Jah-

²¹ SAPMO-BA-DY31/304: Studentenwerbung durch den DFD.

²² Helga Schütz, *Erziehung zum Chorgesang*, Zürich u. Köln 1981 (1. Aufl. Berlin u. Weimar 1980), S. 163.

ren, mit Auf- und Abschwankungen im Einprozentrhythmus, auf rund ein Viertel wieder hoch.²³

Wenn sich die absoluten Zahlen sowohl der männlichen als auch der weiblichen Studenten nahezu vervierfachten und damit eindrucksvoll die Qualifikationsoffensive der DDR unter Beweis stellten, blieb das Ungleichgewicht von Studentinnen und Studenten bestehen. Eine Ursache für diesen in den fünfziger Jahren wenig erfolgreichen „Eintritt“ von Frauen in die DDR-Hochschulen stellte offenbar die ständige Konkurrenz zu den weitaus mehr geförderten „Arbeiter- und Bauernkindern“ dar, was in der Regel „Arbeiter- und Bauernsöhne“ bedeutete. Dass die Richtlinie, Kinder aus diesen Kreisen vorrangig für ein Studium zu gewinnen, zu Lasten von studierwilligen Frauen ging, war ein Nebeneffekt der deutlichen Hierarchisierung von Klasse und Geschlecht. Schon in einem „Vorläufigen Bericht“ über die „Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen der Sowjetzone im Winter-Semester 1947/48 hatte es geheißen: „Ziemlich ausführliche Angaben liegen jetzt über die soziale Herkunft der Studierenden vor. (...) Dabei ist verständlicherweise der Prozentsatz der männlichen Studierenden aus Arbeiterkreisen durchweg höher als derjenige der weiblichen.“²⁴

Wenn auch in den Statistiken der folgenden Jahre so gut wie nie mehr die Geschlechtsspezifik der sozialen Rekrutierung gesondert aufgeführt wurde, lässt sich doch aus der Zusammenschau von Fächerwahl und Väterberufen, die eine Reihe von internen Übersichten boten, deutlich ablesen, dass gerade in Bereichen wie Philosophie, Medizin und Pädagogik, in denen traditionell Frauen überrepräsentiert waren, der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder eher gering ausfiel. Die Formulierung „verständlicherweise“ im Hinblick auf die Männerdominanz von Arbeiterstudenten deutete zwar darauf hin, dass man sich sehr wohl des alten Phänomens einer generell größeren Distanz der Arbeiterschaft gegenüber dem Frauenstudiums bewusst war. Doch die Einsicht, dass Zukunftsvorstellungen und Aufstiegsambitionen in Arbeiterschichten hochgradig abhängig von dem Geschlecht der Nachkommen war, fand in den Richtli-

²³ Angaben nach Hildegard Maria Nickel, „Mitgestalterinnen des Sozialismus“ – Frauenarbeit in der DDR, in: Gisela Helwig/dies. (Hg.), Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, S. 233-256, S. 242 u. SAPMO-BA-DY30 IV 2/17/18: Einige Angaben über die gesellschaftliche Rolle der Frau in der DDR.

²⁴ BA-DR2/1060.

nien zur Veränderung der Studentenschaft keinen Niederschlag. In einer Aufstellung des Ministeriums für Volksbildung – eine der wenigen, die soziale Herkunft mit Geschlecht koppelte – zeigt sich für das Jahr 1948 eine generell „höhere“ Herkunftsschicht der Studentinnen gegenüber ihren männlichen Kommilitonen. Während Männer unter der Rubrik „Arbeiter und unselbständige Handwerker“ zu 15 Prozent vertreten waren, traf dies für ihre weiblichen Kommilitonen für lediglich 8 Prozent zu. Die große Mehrheit der weiblichen Studenten der Humboldt-Universität rekrutierte sich zu dem Zeitpunkt aus Angestellten-, Akademiker- und Handwerkerkreisen.²⁵

In den folgenden Jahren sind solche statistischen Differenzierungen nicht mehr auffindbar. Dagegen liegen beispielsweise für das Jahr 1963 Angaben über die Verteilung der Studienfächer auf die einzelnen sozialen Schichten vor, die in Anbetracht der offensichtlich sehr stabilen Studienfachprioritäten durchaus Rückschlüsse auf Männer- und Frauenanteile erlauben. Daraus geht hervor, dass vor allem die Fächer wie Mathematik/Naturwissenschaften, Technik und Land- und Forstwirtschaft einen hohen Arbeiter-und-Bauern-Anteil aufwiesen, die gemeinhin nur von sehr wenigen Studentinnen gewählt wurden, während unter den Medizin- und Sprachstudenten ein noch relativ hoher Anteil von Studierenden zu finden ist, die aus Kreisen der Intelligenz oder der Angestellten stammen.²⁶

Dass eine geschlechtsspezifische Differenzierung der Klasse nicht stattfand, hatte triftige Gründe: Eine Aufsplitterung der Daten nach sozialer Herkunft und Geschlecht hätte nur allzu augenfällig gemacht, dass unter den weiblichen Studenten, denen man dem Egalitätsversprechen folgend, ebenfalls die Hochschultüren weiter öffnen wollte, sich noch eine nicht gerade kleine Zahl von „höheren Töchtern“ tummelten. Eben diese Töchter der Intelligenz und der Angestellten sollten an den Universitäten der DDR durch die „Studentin neuen Typs“ ersetzt werden, die sich nach Herkunft und Habitus sowohl von ihren historischen Vorgängerinnen als auch von ihren westdeutschen Kommilitoninnen unterschied. Zumindest hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft fügte sich jedoch nur eine Minderheit der Studentinnen diesen Projektionen, wobei der fehlende proletarische Stallgeruch offensichtlich kompensiert werden konnte, wenn sich die

²⁵ BA-DR2/1060.

²⁶ BA-DR3/1016.

„höhere Tochter“ in Haltung und Handlung zu den „höheren Zielen“ des Sozialismus bekannte. Auf dem 1. Frauenkongress des DFD, der im Juni 1964 in Berlin stattfand, ergriff unter den wenigen Akademikerinnen, die ohnehin auf diesen Kongressen das Podium betraten, um eigene Belange zur Sprache zu bringen, die ehemalige Studentin Gisela Bauer aus Karl-Marx-Stadt das Wort, um ihre Entwicklung von der „Saula zur Paula“ zu schildern. Die neuen Töne, die sie dabei anschlug, verweisen gleichzeitig auf eine neue Stimmungslage, in der das in den fünfziger Jahren unantastbare Idealbild des sozialistischen Menschen als – männlicher – Arbeiter langsam weiblichere und vor allem weniger proletarische Züge annahm.

„Ich sage Ihnen, dass ich nicht aus der Arbeiterklasse komme. Die meisten Frauen, die hier gesprochen haben, haben das sehr stolz sagen können. Ich aber bin aus dem Bürgerstand. Trotzdem bin ich stolz, dass ich jetzt hier stehe, und ich bin sehr stolz, eine Bürgerin der DDR zu sein (Beifall). Als man mich vor Jahren für das Studium vorschlug, da sagte ich, ehrlich gesagt, nur deshalb zu, weil mich die berufliche Qualifizierung sehr interessierte. Ich habe damals stöhnend gedacht: Na, ja, die 'Rotlichtbestrahlung' mußt du mit in Kauf nehmen, es nutzt alles nichts. Wenn man hier etwas lernen will, dann ist einfach ein politischer Unterricht mit dabei. Davor habe ich mich sehr gefürchtet.“²⁷

Studierwillige, doch weniger anpassungsbereite Bürgertöchter gehörten in den fünfziger Jahren zu den ersten Verliererinnen der DDR-Bildungspolitik, hatten sie doch mit politisch loyalen Arbeitersöhnen zu konkurrieren, deren soziales Kapital deutlich mehr Marktwert besaß als die weibliche Geschlechtszugehörigkeit. Auswege und Umwege blieben häufig die einzigen Alternativen von Abiturientinnen aus bürgerlichem Hause. Dazu gehörte vor allem die sozial weniger exklusive Fachschulausbildung, die Berufsoptionen bereithielt, die einer akademischen Profession sehr nahe kommen konnten. Dafür entschied sich etwa die Bankierstochter Barbara Lange, die, obwohl sie lange dem verwehrtengeschichtsstudium nachtrauerte, als Archivarin ihren historiographischen Interessen ein großes Stück weit frönen konnte.²⁸ Auch der Weg über die Neulehrerausbildung bot solch einen Ausweg, der häufig nur ein Umweg zu einem späteren Studium sein konnte.

²⁷ SAPMO-BA-DY31/45: Protokoll des Frauenkongresses des DFD, 25.-27.6.1964 in Berlin.

²⁸ Interview mit Barbara Lange, geführt am 3.8.1998 in Berlin.

Besondere Mangellagen auf dem akademischen Arbeitsmarkt ließen auch schon in den ersten Jahren der DDR die Bildungspolitiker ein Auge zudrücken. Davon profitierten vor allem Arzttöchter und -söhne, auch wenn sie für ihre akademische Laufbahn eine gewisse zeitliche Verzögerung in Kauf nehmen mussten. Dennoch: Zunächst bedeutete die „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs“ auch eine Stärkung des männlichen Bildungsprivilegs. Die Hierarchisierung der Gegenprivilegierung, die Frauen so offensichtlich ins Hintertreffen geraten ließ, hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die soziale Umstrukturierung der Studentenschaft nicht nur als Akt historischer Gerechtigkeit und ideologischer Einlösung betrachtet wurde. Zugleich gedachte man mit dieser Studentenschaft ein solides Fundament für eine neue, staatsreue Intelligenz zu schaffen. Studierenden aus der Arbeiterschaft traute man am ehesten eine uneingeschränkte Loyalität dem Arbeiter- und Bauernstaat gegenüber zu. Auch um die ideologische Gleichschaltung zu erreichen und die politische Zuverlässigkeit zu stärken, lag der Schwerpunkt des „Elitewechsels“ eindeutig auf der klassenmäßigen Umstrukturierung.

Dass Frauen in den fünfziger Jahren dadurch so eindeutig benachteiligt waren, wurde nur selten problematisiert. Schließlich galten sie gerade auf politischem Terrain als unsichere Kantonistinnen. Auch wenn in schöntönenden Sonntagsreden mit neuen politischen Aufgaben betraut, kämpften Frauen nach wie vor mit dem notorischen Ruf politischer Indifferenz. Sie galten als leicht beeinflussbar und damit als willfähriger Spielball gegnerischer Manipulation. „Aber noch immer ist der Zustand nicht überwunden, dass eine Reihe von Frauen in politisch angespannten Situationen unsicher wird und sich in ihren Handlungen von der Hetze des Gegners beeinflussen lässt“, hieß es in einem Bericht des ZK an den VI. Parteitag der SED im Januar 1963.²⁹ Der Grad ihrer politischen Organisation bestätigte dieses Sorgenkindimage. In einer Aufstellung über die soziale Zusammensetzung der weiblichen Parteimitglieder, die die Entwicklung zwischen 1948 und 1950 festhielt, zeichnete sich sogar ein rückläufiger Trend der ohnehin prozentual geringen Partizipation ab. „Als eine sehr ernstzunehmende Tatsache“ wurde „das Absinken des Anteils der Frauen an der Parteimitgliedschaft“ bezeichnet.³⁰ Den höchsten und

²⁹ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.-21.1.1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. IV, Berlin 1963, S. 267-273.

³⁰ SAPMO-BA-DY30/IV 2/17/7.

einzig steigenden Anteil wiesen noch die weiblichen Angestellten mit knapp 25 Prozent auf, unter den Angehörigen der „weiblichen Intelligenz“ – Studentinnen wurden nicht gesondert aufgelistet – war die Quote der Parteimitglieder in den ersten Nachkriegsjahren jedoch von 18 auf 14 Prozent gefallen.³¹

III. Mobilisierung der Frauenreserve – Die „goldenen“ 60er Jahre

Erst als der Definitionsspielraum, wer als Arbeiterkind anzuerkennen sei, gegen Ende der ersten Dekade der DDR immer größer wurde – zeichnete sich ein schneller Anstieg auch der Studentinnenzahlen ab. Aber vor allem als kurz vor dem Mauerbau die Aufbruchsstimmung abgekühlt war und die Loyalität dem Staat gegenüber offenbar brüchig wurde, schienen die Bildungspolitiker auch die „Frauenreserve“ zu entdecken. Unter den Flüchtlingen der ausgehenden fünfziger Jahre waren hochqualifizierte junge Männer in der Überzahl gewesen. Sie hatten auf dem akademischen Sektor empfindliche Lücken gerissen. Bezeichnenderweise gab es für den Titel „Republikfluchtwitwe“ kein männliches Pendant. Mit dem am Ende des Jahres 1961 erlassenen Kommuniqué „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“, das nicht zuletzt mehr Frauen in Leitungsfunktionen in Wissenschaft und Technik zu lancieren beabsichtigte, konnten DDR-Frauen aus dem Schatten der Arbeiter- und Bauernförderung treten.

Doch selbst wenn damit das „Schattendasein“ der Studentinnen beendet war, wurde nun der vordem begrenzte Förderungswille von den Grenzen der Förderungsmöglichkeiten abgelöst. Vor allem die Studienfachwahl der studierwilligen Frauen, die ungeachtet der staatlichen Werbezüge gegen eine geschlechtsspezifische Segregation auf dem Arbeitsmarkt noch immer auf traditionelle „weibliche“ Sparten fixiert waren, verlief quer zu den gesellschaftlichen Prioritäten und dem nicht zuletzt ökonomischen Bedarf einer „wissenschaftlich-technischen Revolution“. Auch Umlenkungsversuche, die in großangelegten Kampagnen von verschiedener Seite, sei es von der Schule, von Arbeitsämtern und Massenorganisationen initiiert wurden, verzeichneten nur geringe Erfolge. Die gleichbleibend niedrige Zahl „umgelenkter“ Studentinnen zeugte von einer wenig erfolgreichen Überzeugungsarbeit der verschiedenen Stellen

³¹ Ebd.

und von der Stärke des weiblichen Eigen-Sinns. Selbst die gegen Ende der sechziger Jahre zumindest im Bereich der Ingenieurwissenschaften merklich gestiegenen Studentinnenzahlen deuteten keineswegs auf ein Aufbrechen einer ehemaligen Männerdomäne hin, denn diese Studentinnen konzentrierten sich auf nur wenige, zum Teil erst neu geschaffene Bereiche der Ingenieurwissenschaften wie vor allem der „Ingenieurökonomie“.³² Somit blieb ein Großteil des Studiengangs weiterhin fest in Männerhand und eine geschlechtsspezifische Segregation – lediglich auf eine höhere Ebene verlagert – damit erhalten. Nicht zuletzt die in Zeiten des Kalten Krieges von westlicher aber auch von ostdeutscher Seite geschürte und durch mediale Gegenbilder bekämpfte Angst vor einer „Vermännlichung“ machte es ostdeutschen Frauen keineswegs leicht, geschweige denn selbstverständlich, den Weg eines naturwissenschaftlichen oder technischen Studiums einzuschlagen.³³

Während sich somit auf den traditionellen Ausbildungsstrecken zu den akademischen Professionen eine Reihe von Kontinuitäten abzeichneten, zeigten sich auch die DDR-spezifischen, zumeist am sowjetischen Vorbild orientierten Aufstiegsschleusen wie Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, Fern-, Abend- und Frauensonderstudien in Bezug auf die weibliche Rekrutierung noch weniger erfolgreich. Mit Blick auf die ABFs bestätigt sich der bereits oben genannte Befund einer Konkurrenz von Klasse und Geschlecht, nach dem hier an einem Schlüsselsymbol des DDR-Aufbaumythos, dem Programm der klassenmäßigen Umstrukturierung der Intelligenz, mit besonderer Konsequenz festgehalten wurde. Während des rund fünfzehnjährigen Bestehens der ABFs blieben die Frauen dort in einer deutlichen Minderheit, die zum Teil weit unter 20 Prozent lag.³⁴

³² S. hierzu Karin Zachmann, Frauen für die technische Revolution. Studentinnen und Absolventinnen Technischer Hochschulen in der SBZ/DDR, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 121-156.

³³ Zu diesen deutsch-deutschen Bilderwelten s. Gunilla-Friederike Budde, „Tüchtige Traktoristinnen“ und „schicke Stenotypistinnen“. Frauenbilder in den deutschen Nachkriegsgesellschaften – Tendenzen der „Sowjetisierung“ und „Amerikanisierung“?, in: Konrad Jarasch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt a.M. u. New York 1997, S. 243-273.

³⁴ BA-DR3/486.

Auch das Angebot eines Fern- bzw. Abendstudiums, das dazu dienen sollte, eine akademische Qualifikation vor allem aber auch eine Nachqualifikation von bereits eingesetzten oder auch künftigen Führungskadern ohne weitere Schaffung von Direktstudienplätzen und gravierende Arbeitskräfteinbußen zu gewinnen, nahmen sehr wenige Frauen in Anspruch. Als Gründe für dieses weibliche Desinteresse sahen die Vertreter des FDGB und der anderen Massenorganisationen nicht zuletzt die auf wenige Bereiche begrenzte Berufswahl von Frauen, die entsprechend weniger Weiterqualifizierungsoptionen boten, vor allem aber die familiäre Belastung, die Frauen vor einem neben ihrer Berufstätigkeit ablaufenden Studium zurückschrecken ließ.

Nicht zuletzt weil die sogenannten „Privilegien“ der Arbeitsfreistellung und auch das Versprechen eines der Qualifikation angemessenen Berufseinsatzes offenbar, so machten es eine Flut von „Eingaben“ von Studentinnen deutlich, von betrieblicher Seite ignoriert bzw. boykottiert wurden, änderte auch die Einführung des „Frauensonderstudiums“, das diese Privilegien noch ausweiten und auf weibliche Belange zuschneiden sollte, wenig an dieser Situation. An dieser Stelle stießen staatliche Maßnahmen, die Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre eingeführt worden waren, weniger auf den weiblichen, denn auf den betrieblichen Eigen-Sinn, vom SED-Staat als „Betriebsegoismus“ diffamiert, dem nur schwer mit Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahmen zu begegnen war.

Der Hautgout der besonderen Hervorhebung, gleichzeitig als „Sorgenkinder“ auf den Präsentierteller staatlicher Frauenpolitik gehoben und überdies als Imagepflegerinnen gelungener staatlicher Förderung instrumentalisiert zu werden, ließ diese „Sonder“-Maßnahmen als wenig attraktiv erscheinen. Schließlich schufen und bestätigten „Frauensonderstudien“ nicht nur Vorurteile, sondern beförderten überdies den Eindruck „ungerechter Bevorzugung“. Dieses Problem thematisierten auch die Frauenvertreterinnen des FDGB, wenn sie etwa konstatierten: „Vorbehalte und Ressentiments gegenüber der Richtigkeit der Frauenförderung spielen noch immer eine Rolle, wobei wir mitunter sogar solchen primitiven Vorstellungen begegnen wie denen, dass das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau verletzt wird, wenn eine besondere Förderung der Frau festgelegt wird.“³⁵

³⁵ SAPMO-BA-DY53/21/614/7432.

Auch Ton und Wortwahl, mit denen die „Sonder-Maßnahmen“ an „die Frau gebracht“ wurden, untermauerten ihre Problematik. Ein Leitbegriff in den Argumentationen und Diskussionen lautete „individuell“. Da war etwa von der „Berücksichtigung aller individuellen Besonderheiten“ der Frauen die Rede,³⁶ von der Notwendigkeit einer „individuellen Förderung“ und „individueller Maßnahmen bei weitgehender Berücksichtigung des Standes der Entwicklung und der Psyche der Frau“,³⁷ der Suche nach „individuellen Lösungen“ und der Einführung „individueller Betreuung und Arbeitszeitregelungen“.³⁸ Damit vollzog sich – mehr oder minder unbewusst – die Loslösung der Studentinnen aus dem Kollektiv der Gesellschaft der Studierenden. Sie wurden damit als weniger anpassungsfähig, weniger kompromissbereit und weniger flexibel verfügbar diskreditiert, kurz: für die Gestaltung des Großprojekts der sozialistischen Gesellschaft als nur bedingt tauglich präsentiert.³⁹

Zu dem Zeitpunkt der Einführung der „Frauensonderstudien“ war dieses Herausstreichen der „individuellen“ Bedürfnisse der Frauen noch durchaus heikel. Schließlich stand noch immer die Entwicklung vom „ich zum wir“ hoch im Kurs und die Geringschätzung des Individuums gegenüber der Gesellschaft außer Frage. Ein vorsichtiges Aufweichen dieser Dichotomie sollte sich – zunächst in der Belletristik – erst einige Jahre später ankündigen. Im Zeichen der Hochschätzung gesellschaftlicher Einbindung und Unterordnung mussten diejenigen, die sich diesem Verdikt nicht fügen wollten oder konnten, ihre Position als prekär empfinden. Wenn noch dazu häufig zumindest hinter vorgehaltener Hand auf die „Kosten“ ihrer Qualifikation verwiesen und diese überdies als „Fehlinvestition“ geißelt wurde, konnten auch die Frauenvertreterinnen der

³⁶ Ebd.

³⁷ BA-DR3/1325.

³⁸ BA-DR3/1185.

³⁹ Zur negativen Bewertung des „Individualismus“ der Intelligenz s. Jürgen Kuczynski, Die Intelligenz. Studien zur Soziologie und Geschichte ihrer Großen, Köln 1987, S. 33f.

Massenorganisationen, die daran Anstoß nahmen, an dem Negativimage der „Frauensonderstudien“ wenig ändern. Der Ruch der Unbequemen, mit dem hochqualifizierte Frauen in der DDR generell zu kämpfen hatten, wurde hiermit einmal mehr befestigt.